

Tübingen braucht Bewegung.

Eine progressive Agenda
für unser Tübingen.

**DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG**

Politik. Anders. Machen.

Inhalt

Vorwort	3
Demokratie und Transparenz	5
Mitbestimmung #brauchtBEWEGUNG	5
Uhlandbad #brauchtBEWEGUNG	9
Konzertsaal #brauchtBEWEGUNG	10
Cyber Valley #brauchtBEWEGUNG	11
Gerechtigkeit und Verantwortung füreinander	13
Bezahlbarer Wohnraum #brauchtBEWEGUNG	14
Bildung #brauchtBEWEGUNG	16
Tübingen muss zukunftsorientiert handeln	17
Umwelt #brauchtBEWEGUNG	17
Mobilität #brauchtBewegung	20
Regionalstadtbahn	20
Tübingen muss weltoffen bleiben	23
Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik #brauchtBEWEGUNG	23
Inklusion #brauchtBEWEGUNG	24
Geschlechtergerechtigkeit #brauchtBEWEGUNG	25
Öffentliche Graffitiflächen #brauchenBEWEGUNG	28
Soziale Sicherheit #brauchtBEWEGUNG	28
Internet #brauchtBEWEGUNG	29
Würde im Alter #brauchtBEWEGUNG	29
Ehrenamt #brauchtBEWEGUNG	30
Anhang	31
Impressum	32



Vorwort

‘Es geht uns doch ganz gut’, denken viele Menschen in Tübingen. Und sehen doch, dass viele große Umbrüche und Herausforderungen auf unsere Stadt zukommen.

- Tübingen ist weltoffen, progressiv und eine absolute Ausnahme im Schwabenland. Dafür lieben wir unsere Universitätsstadt, aber gerade deshalb dürfen wir unsere Augen nicht vor ihren Problemen verschließen. Als Bürger*innen Tübingens trägt jeder von uns ein Stück Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt.
- 2019 ist Gemeinderatswahl: Mit diesem Wahlprogramm geben wir ein Versprechen an die Tübinger Bürger*innen, uns für folgende Anliegen mit aller Kraft einzusetzen und Mehrheiten im Gemeinderat zu suchen, um zum Wohle der Stadt zu handeln:

Demokratie braucht uns alle. Wir alle brauchen DEMOKRATIE IN BEWEGUNG.



Zusammen entwickeln wir eine innovative und progressive Agenda mit Lösungsansätzen für die großen Herausforderungen der Gesellschaft. Eine Agenda mit den dringendsten Anliegen der Menschen. Eine Agenda für uns, unsere Kinder und unseren Planeten.

Zusammen machen wir Zukunft.

Politik. Anders. Machen.

Demokratie und Transparenz

Viele Bereiche unserer Gesellschaft sind im Umbruch und werden neu gedacht: wie wir uns fortbewegen, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren. Aber wir müssen auch Mitbestimmung neu denken. Denn viele Menschen haben ihr Vertrauen in die Parteien verloren: Politische Entscheidungen können nicht nachvollzogen werden. Politik wird als alternativlos verkauft. Diskussionen finden zu wenig in der Öffentlichkeit statt. Parteifunktionär*innen fühlen sich nicht ihrer Basis verpflichtet.

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist Demokratie zum Mitmachen. Ein neuartiges System von Mitbestimmung und Transparenz in der Politik. Während vielen der Status quo als unveränderbar erscheint, zeigen wir, dass es auch anders geht. Unsere neue und basisdemokratische Struktur garantiert, dass alle bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG mitbestimmen und entscheiden können, was in den Parlamenten verpflichtend umgesetzt werden soll.

Mitbestimmung #brauchtBEWEGUNG

Bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG gilt das **Initiativprinzip**: Alle Menschen sind dazu eingeladen, auch ohne Parteimitgliedschaft mitzumachen und Initiativen zu starten. Wer ein Problem erkannt hat und eine Lösung dafür sieht, stellt diese zur Diskussion. **Gemeinsam erarbeitete Lösungsansätze** werden zur Abstimmung gestellt und bei positivem Beschluss in unser Parteiprogramm übernommen. In unserem **Ethik-Kodex** verpflichten sich alle Mitglieder dazu, unsere Politik auf die Beschlüsse der Basis

auszurichten. Diese Grundhaltungen wollen wir auch auf kommunaler Ebene umsetzen und bieten dafür folgende Vorschläge:

Bürger*innenversammlung

Es gibt in Städten immer wieder Themen, die die Gemüter erhitzen und polarisieren. Bei uns in Tübingen sind das zum Beispiel das Cyber Valley, die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn oder die Wohnungsnot.

Bei solchen Konfliktthemen soll eine Bürger*innenversammlung einberufen werden, um Stimmen und Meinungen hören zu können, die sonst so nicht zu Wort kommen. 100 Tübinger*innen werden zufällig aus einem Lostopf gezogen. Hierbei können entweder alle Vertreter*innen der Versammlung komplett zufällig gezogen werden oder nach einem repräsentativen Schlüssel, der zum Beispiel das Alter berücksichtigt. Diese Bürger*innenversammlung tagt ein Wochenende lang, lässt sich von Expert*innen über Pro und Contra beraten und gibt am Ende eine Empfehlung an den Gemeinderat ab, wie im vorliegenden Fall gehandelt werden sollte. Die Teilnahme soll freiwillig erfolgen, die Stadt stellt eine Aufwandsentschädigung zur Verfügung und kümmert sich auch darum, dass den Vertreter*innen die Teilnahme ermöglicht wird (Organisation einer Kinderbetreuung oder Schreiben an den*die Arbeitgeber*in mit der Bitte um Freistellung für das Wochenende).

Bei der Bürger*innenversammlung geht es darum, frische, unverstellte Meinungen zu bekommen, ohne dass dabei Parteiinteressen eine Rolle spielen. In vielen Ländern werden per Zufall Bürger*innen ausgewählt, um als Geschworene oder Schöff*innen Recht zu sprechen. Wieso sollte man dann nicht auch mal Bürger*innen als Kommunalpolitiker*innen für ein Wochenende einberufen, mit dem Auftrag sich gezielt mit der Lösung eines Problems zu befassen?

Vision 2040

Ein zivilgesellschaftliches Gremium, das aus Mitgliedern des Gemeinderates, der Stadtverwaltung, der Universität, des Universitätsklinikums, des Landtages und der Tübinger Bürgerschaft besteht, entwickelt eine Vision, wie Tübingen in 20 Jahren aussehen sollte: Bevölkerungsgröße, soziale Zusammensetzung, räumliche Entwicklung, Wirtschaftsstruktur, städtische und verkehrliche Infrastruktur. Diese Vision 2040 dient als Diskussionsgrundlage für politische Entscheidungen.

Bürger*innenhaushalt

Die Bürger*innen der Stadt Tübingen sollen jedes Jahr ein Budget zur Verfügung gestellt bekommen über das sie selbst entscheiden können. Hierfür könnte die "Bürger App" weiterentwickelt und genutzt werden. Alle Bürger*innen haben hier die Möglichkeit Ideen einzubringen, wofür das Geld im Bürgerhaushalt ausgegeben werden

soll. Nach der ersten Phase kommt es innerhalb der App zur Abstimmung darüber, welche Ideen umgesetzt werden sollen. Der Bürger*innenhaushalt soll sich aber nicht nur auf die Beteiligung in der App stützen, sondern auch durch Workshops und Informationsveranstaltungen begleitet werden und damit weitere Möglichkeiten bieten sich im Bürger*innenhaushalt einzubringen. Auch ein digitales Terminal und feste Ansprechpartner*innen im Rathaus sind vorstellbar. Der Pilotversuch könnte mit einem kleinen Haushalt von 90.000€ gestartet werden und bei Erfolg auf die Jahre weiter ausgebaut werden. Durch diese Maßnahme werden die Bürger*innen in der Kommunalpolitik direkt mitgenommen und die demokratische Teilhabe auf kommunaler Ebene gefördert.

Streaming und Aufzeichnung von Gemeinderatssitzungen

In Zukunft sollen die **wichtigsten Gemeinderatssitzungen live gestreamt und aufgezeichnet werden**. Viele Bürger*innen haben durch die Arbeit oder sonstige Verpflichtungen nicht die Zeit an den Gemeinderatssitzungen teilzunehmen. Aber gerade die Bürger*innen, die an der Kommunalpolitik interessiert sind, sollten die Möglichkeit haben das Handeln und die Aussagen einzelner Fraktionen und Gemeinderät*innen nachvollziehen zu können, ohne dabei nur von der Berichterstattung der Tageszeitung abhängig zu sein. Gerade bei so zukunftsweisenden Themen wie dem Cyber Valley oder der Regionalstadtbahn wäre es im Sinne der Transparenz gut gewesen, man hätte die entsprechenden Sitzungen aufgezeichnet, um die Argumentationsketten der Fraktionen selbst hören zu können. Der Gemeinderat könnte in Zukunft veranlassen Sitzungen wie zum Beispiel die zum Haushalt live auf Youtube oder auf der eigenen Webseite zu streamen (in Karlsruhe bereits der Fall) und das Video zu archivieren, damit Bürger*innen auch im Nachhinein noch Zugriff darauf haben. Wird eine Sitzung live ins Internet übertragen, könnte die erste oder die letzte halbe Stunde genutzt werden, damit Bürger*innen von Zuhause aus Fragen an Oberbürgermeister*in oder Gemeinderät*innen richten können.

Bürger*innen App

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG lehnt es als undemokratisch ab, die Themen Konzertsaal und fehlender Schwimmbadwasserflächen miteinander zu verbinden und die Anhänger*innen verschiedener Positionen gegeneinander auszuspielen.

Generell sehen wir die Umsetzung des Konzepts Bürgerbeteiligung via "Cyber-Voting" - wie mit der "Bürger App" versucht - kritisch.

Für das Demokratie-Verständnis von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist es **unzureichend, Bürger*innen nur auf Gemeinderatsinitiative hin zu befragen**; Partizipation wollen wir von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG progressiv in der Weise gestalten, dass auch **Initiativen zur Abstimmung - ausgehend von den Tübinger Bürger*innen** - möglich sind.

Eine Einbahnstraßen-Befragung ("top-down") assoziieren wir eher mit Machterhaltungsambitionen denn mit wahrer Bürger*innenbeteiligung. Für Befragungen der Tübinger Bürger*innen fordern wir die **rechtliche Verbindlichkeit von Abstimmungen**, welche nur durch einen transparenten Prozess, und bei Einsatz von moderner Technologie nur mit **quelloffener Software ("OpenSource")** vertrauensvoll umgesetzt werden kann.

Wir sind für eine transparente, demokratische Bürger*innen App.

Uhlandbad #brauchtBEWEGUNG

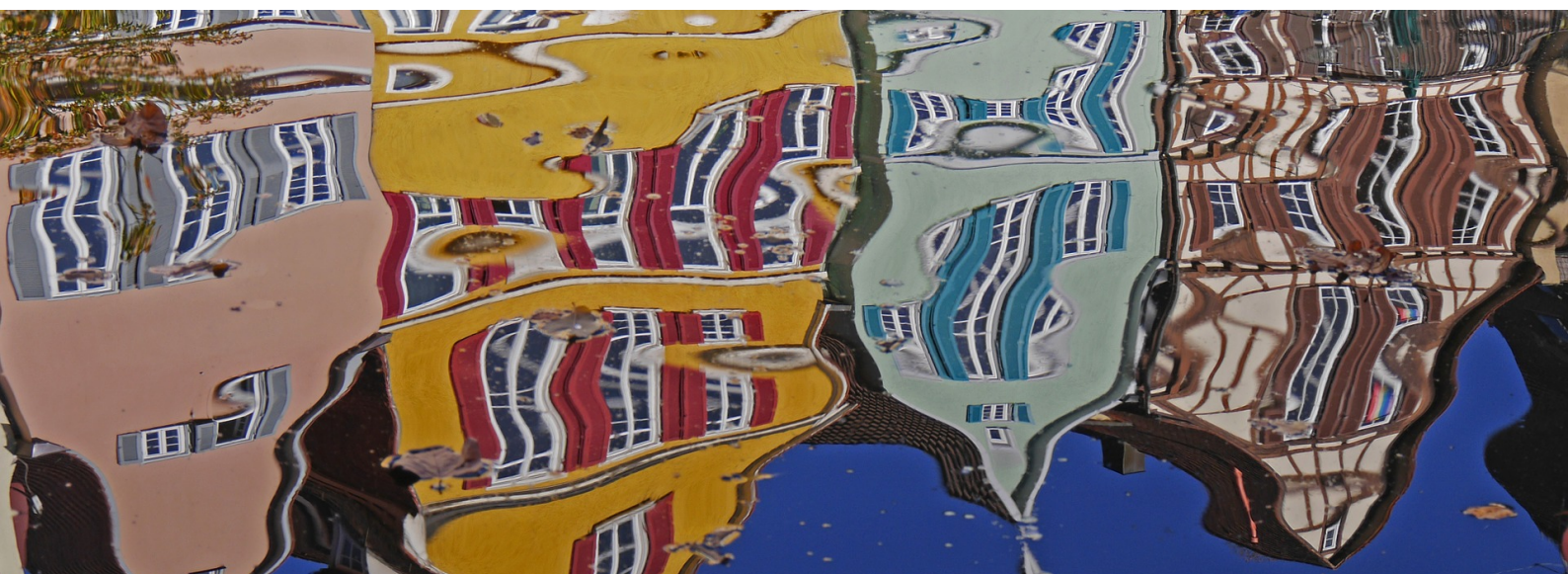
Wir setzen uns dafür ein, dass **Schüler*innen, Schwimmvereine, DLRG, Senior*innen und alle anderen in Tübingen Zugang zu genügend Wasserflächen haben.**

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG hat im Grundsatz nichts gegen ein weiteres Hallenbad für Tübingen („Hallenbad Süd“). Da die Stadtverwaltung es aber ablehnt, drei Hallenbäder zu betreiben, positionieren wir uns gegen ein Hallenbad Süd, weil wir es als unverhältnismäßig ablehnen, das Uhlandbad zu schließen. Es scheint aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll, ein Bad aufzugeben, wenn mehr Wasserfläche benötigt wird.

Erhalt des Uhlandbades

Das Uhlandbad ist das ideale Bad für Badegäste, Senior*innen, den Schwimmunterricht der Schulen und viele andere Menschen. Außerdem ist es unserer Meinung nach als Denkmal erhaltenswert, und zwar auch in ursprünglicher Funktion. Wir wollen das sehr zentral gelegene Uhlandbad daher auch wieder zu einem Bad machen, in dem man **zum Selbstkostenpreis die vorhandenen Duschen nutzen kann.** Im Rahmen der Jubiläumsfeier des ursprünglich zur Körperhygiene gedachten Bades war diese Möglichkeit schon einmal gegeben und wurde von vielen Bürger*innen, die keine Dusche hatten, gerne angenommen.

Durch die Gründung eines Stiftungsvereins und die Umwandlung in ein ganzheitliches Wasser- und Gesundheitszentrum kann die langfristige Nachfinanzierung gesichert werden.



DEMOKRATIE IN BEWEGUNG Tübingen fordert daher alternativ eine **Traglufthalle für das 50m-Becken des Freibads, welche dieses auch im Winter nutzbar macht**, sowie, wenn der städtische Haushalt das zulässt, auch den **Neubau eines zusätzlichen (25m-)Beckens im Freibad** (ohne Traglufthalle im Winter). Auch ähnliche Lösungen, zum Beispiel eine variable Dachkonstruktion, sollten geprüft werden.

Konzertsaal #brauchtBEWEGUNG

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG Tübingen findet die Idee eines Konzertsaals im Stadtgebiet im Kern gut. Wir sprechen uns vor allem auch dafür aus, dass **Universität, Land und Stadt bei der Planung eines Konzertsaals eng zusammenarbeiten**, da die Uni sicher ein regelmäßiger Mitnutzer eines Konzertsaals wäre. **Der Saal sollte gut öffentlich erreichbar sein und eine ausreichende Menge Parkplätze bieten**. Ebenfalls zu prüfen wäre die (Um-)Nutzung des ehemaligen Bahnbetriebswerks, das aktuell leer steht, nach dem Vorbild der Tonhalle Maag in Zürich (falls dasselbe Konzept im Bahnbetriebswerk Tübingen ebenso kostengünstig umzusetzen wäre).



Cyber Valley #brauchtBEWEGUNG

Automatisierung intelligenten Verhaltens und maschinelles Lernen, kurz KI, wird zukünftig fester Bestandteil unseres Alltags werden. In bestimmten Kontexten, wie etwa moderner medizinischer Forschung, ist sie nicht mehr wegzudenken. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG setzt sich aus diesem Grund dafür ein, diesen Prozess im Sinne der Menschen transparenter und demokratischer zu gestalten.

Das Cyber Valley in seiner jetzigen Form ist mit den Grundsätzen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG nicht vereinbar. Demokratische Legitimation und Transparenz von Forschungsvorhaben und -ergebnissen sind hier nicht gegeben.

Die Verquickung von universitärer Forschung und Unternehmensinteressen entzieht sich der ethischen Kontrolle durch Universität und Bürger*innen. Ob entsprechende Forschungsergebnisse einen gesellschaftlichen Fortschritt erbringen, wird dadurch unabsehbar.

Exemplarisch für diese Gefahr steht Amazon. Dieser Konzern steht nicht nur wegen seiner Monopolstellung in der Kritik, sondern u.a. auch wegen Steuervermeidung, skrupelloser Personalpolitik und Forschung an möglichen Überwachungstechnologien.

Der Amazon-Konzern ist aus diesen und anderen Gründen kein geeigneter Partner für eine transparente, ethische und zukunftsgerichtete Forschung. Vielmehr widersprechen seine monopolistische Unternehmensstrategie und unverantwortliche Steuer- und Personalpolitiken diametral den Interessen der Bevölkerung in Tübingen und weltweit.

Kündigung des Vorkaufsrechts an Amazon

Der Gemeinderat hat dem Konzern ein Vorkaufsrecht auf ein Baugrundstück in der Friedrich-Miescher-Straße zugestanden. Bis zum 31.10.2019 hat Amazon das Recht inne, den Baugrund zu erwerben, während andere Bewerber*innen keine Chance zum Kauf hätten. Durch eine Ausschreibung der Fläche könnten andere Partner für das Cyber Valley gefunden werden, die ins Profil des von der Landesregierung selbst gesteckten Ziels der Erforschung einer „menschenzentrierten KI“ passen.

Ausweitung der Zivilklausel der Uni Tübingen und Entwicklung überprüfbarer Standards am Cyber Valley

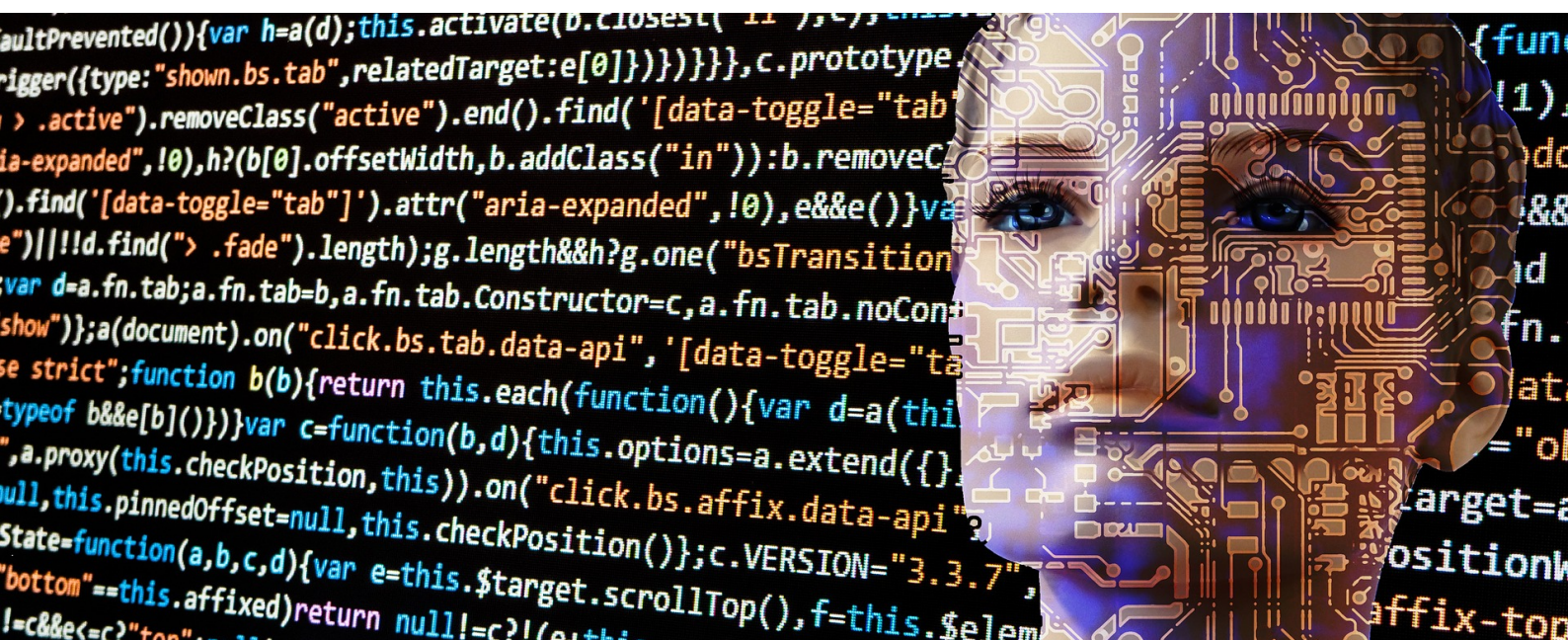
Die Zivilklausel der Universität Tübingen und die „Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“ müssen in Bezug auf das Cyber Valley weiter ausformuliert und angewendet werden. Als Resultat dieses Prozesses sollen feste und überprüfbare Regeln für die Forschung in Tübingen, durch einen transparenten Dialog zwischen beteiligten Firmen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Universität und Instituten (bspw. WEIt, IZEW) entstehen.

Zusätzlich soll in allen wichtigen Entscheidungsgremien des Cyber Valleys eine unabhängige Person mit umfangreichen Kompetenzen im Feld „Ethik und KI“ vertreten sein. Diese Ombudsperson hat die Aufgabe, die Einhaltung der entwickelten Regeln zu überprüfen und bei Verstößen vertraulich an den Gemeinderat zu berichten.

Gemeinwohlorientierte Vergabeverfahren

Der Gemeinderat Tübingen muss bei der Grundstücksvergabe aus öffentlicher Hand perspektivisch auf die Geschäftspraktiken der Käufer*innen achten. Unternehmen, die sich weigern Mindeststandards für Arbeitnehmer*innen einzuhalten, Rüstungsforschung betreiben, die Umwelt in unangemessener Weise verschmutzen oder ihre Steuerpflichten umgehen, sollen bei der Vergabe das Nachsehen haben. Der entsprechende Indikatorenkatalog soll sich an der „Gemeinwohl-Ökonomie“ orientieren. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist für technischen Fortschritt jeglicher Art, sofern ein sozialer und menschlicher Mehrwert gegeben ist. Im Falle des Cyber Valleys und der Verquickung von Konzerninteressen mit der öffentlich finanzierten, freien Wissenschaft ist dieser nicht garantiert. **Privatwirtschaftliche Interessen und staatliche Forschung sind, bis auf begründete Ausnahmen, an sich zu trennen.** Deshalb muss eine gesunde Finanzierung der Hochschulen im Land gegeben sein. Die wichtigste Ressource des Landes bleibt das Wissen.

Die Erforschung von künstlicher Intelligenz ist in Tübingen nur dann zukunftsfähig, wenn sie demokratisch legitimiert und ethisch kontrolliert vonstatten geht. Genau hier besteht die große Chance, die Tübingen als Vorreiter für die Forschung an Themen der KI darstellen kann: Das „Modell Tübingen“ soll mittelfristig für Wissenschaft im Interesse der Menschen stehen. Langfristig soll in Tübingen der weltweit führende Standort für Ethik in der KI-Forschung entstehen.



Gerecht. Weltoffen. Zukunftsgewandt.

Gerechtigkeit und Verantwortung füreinander

Ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle erreichen wir nur in einer solidarischen und gerechten Gemeinschaft. Ob arm oder reich: Jeder Mensch verdient die gleiche Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein würdevolles, gesundes Leben ohne existenzielle Ängste.

Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit muss ins Zentrum der politischen Agenda gestellt werden. Während heute meist nur die Linderung ihrer Symptome diskutiert wird, verursacht diese Ungerechtigkeit viele der großen Probleme unserer Zeit und der Zukunft.

12,9 Millionen Deutsche, darunter 2,2 Millionen Kinder, sind von Armut betroffen. Ihre Aufstiegschancen sind durch ungerechte Steuerpolitik und ein ineffizientes Bildungssystem gering. Wir wollen für einen Ausgleich sorgen, für bessere Bildung und eine gerechte Gesundheitsvorsorge.

Bezahlbarer Wohnraum #brauchtBEWEGUNG

Jede*r hat das Recht auf eine Wohnung. Leider gibt es immer mehr Menschen, die es sich nicht (mehr) leisten können, in Tübingen zu wohnen, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt und/oder ihren Arbeitsplatz in unserer Stadt haben. Bruttokaltmieten von 10-12 Euro/Quadratmeter sind mittlerweile üblich. Damit liegen Tübinger Mieten deutlich über dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig wächst unsere Stadt in diesem Jahrzehnt um etwa 1.000 Einwohner*innen jährlich. Und dies, obwohl mehr Familien aus Tübingen wegziehen (müssen) als hinzukommen. Aktuell hat Tübingen rund 90.000 Bürger*innen, Tendenz: steigend. Die Tendenz der Tübinger Mieten: steigend. Die Tendenz der Grundstückspreise: steigend. Die Konsequenz: Soziale Ausgrenzung.

Wo sind die Grenzen des Tübinger Wachstums? Wie soll sich unsere Stadt in Zukunft entwickeln? In welchem Tübingen wollen wir in 20 Jahren leben? Das sind Fragen, auf die wir als Stadtgesellschaft eine Antwort finden müssen.

Das Tübinger Modell der privaten Baugruppen in neuen Quartieren hat seit den 1990er Jahren vielen Menschen zu Wohneigentum verholfen und basiert auf dem Prinzip des demokratischen Miteinanders. Zurecht gilt das Tübinger Modell als Erfolgsgeschichte. Aber es löst die drängenden Probleme der Gegenwart nicht mehr. Deshalb fordern wir ein **Neues Tübinger Modell**, das Stadtentwicklung multiperspektivisch in den Blick nimmt.

Gemischte Baugruppen und Quartiere

Bauprojekte auf städtischem bzw. GWG-eigenem Grund müssen sich am Beispiel der Baugemeinschaft „33/33/33 Tübingen for Starters“ (Güterbahnhof-Quartier) orientieren: **eine ausgewogene Mischung von geförderten Mietwohnungen, Wohneigentum für Schwellenhaushalte und für Selbstnutzer ohne soziale Bindung**. Diese Aufteilung sowie das Prinzip der **Nachhaltigkeit** müssen für Baugruppen, Einzelbauprojekte der GWG und für neue Quartiere als Richtschnur gelten: regionale Baustoffe, Passivhäuser, Photovoltaik, Solarthermie, Ladesäulen für e-Mobilität.

Spekulationsbremse

Die GWG sollte mit Baugruppen auch nach dem Vorbild des „Mietshäuser Syndikats“ kooperieren, um **bestehende oder neu zu bauende Mehrfamilienhäuser dauerhaft dem Immobilienmarkt zu entziehen und zusätzliches Wohneigentum für Schwellenhaushalte und vielfältige Wohnprojekte zu schaffen**.

Eigentum verpflichtet

Wo ein Baugebot besteht, sollte es in der Regel befolgt werden. Jeder Einzelfall ist zu prüfen: Weshalb ist das Grundstück bislang nicht bebaut worden? Welche stadtkologischen und stadtklimatischen Auswirkungen hätte eine Bebauung des Grundstücks? **Neben der Stadtverwaltung soll für diese Einzelfallprüfung auch ein Gremium aus 12 zufällig ausgewählten Tübinger Bürger*innen zuständig sein. Wohnraum und unbebaute Grundstücksflächen im Eigentum studentischer Verbindungen sind in diese Überprüfung einzubeziehen.** Bestehende städtische Regelungen sind konsequent umzusetzen: **Zwangsgelder wegen längerfristigen Leerstandes von Wohnraum müssen tatsächlich verhängt werden und die Option einer Zwangsrenovierung ist zu prüfen.**

Innenstadtverdichtung

Innenstadtverdichtung ist zwar besser als die weitere Zersiedelung der Landschaft, aber auch Innenstädte können nicht ewig nachverdichtet werden. Wenn wir die Lebensqualität und Aufenthaltsqualität unserer innerstädtischen Bezirke verbessern wollen, müssen wir die in der Amtszeit von OB Boris Palmer verfolgte Strategie „Innen:Stadt“ bezüglich ihrer sozialen, infrastrukturellen, stadtkologischen und stadtklimatischen Auswirkungen kritisch evaluieren und daraus Konsequenzen für die Zukunft ziehen.

Gemeinschaft macht stark

Universität, Stadt und Land sind große Grundstücks- und Immobilieneigentümer unserer Stadt. Diese drei Akteure sollen in einer „konzertierten Aktion“ ein Gesamtpaket verhandeln, das sinnvolle und langfristige Kooperation von Universität und Stadt ermöglicht, indem es die jeweiligen Interessen und Entwicklungsbedarfe gegenseitig respektiert. Bestandteile dieses Gesamtpakets sollen sein:

- o Grundstücks- und Immobilientausch auf der Grundlage des geltenden Flächennutzungsplanes (Universitätsviertel stärken, Altstadtgebäude wieder in Wohnraum umwandeln).
- o Kooperation bei einzelnen Bauprojekten (Konzert-/Tagungsaal, Sport- und Schwimmflächen, Mensa, Parkhäuser).
- o Bekämpfung der Raumnot (neue WG-fähige Studierendenheime, um den bestehenden Wohnungsmarkt zu entlasten, gemeinsame Nutzung von Büro-, Tagungs-, Veranstaltungsräumen).

Bildung #brauchtBEWEGUNG

Bildung ist ein Menschenrecht. Jede*r hat das Recht auf kostenfreie Schulbildung. Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft ist Bildung von herausragender Bedeutung: Ohne informierte, kritische und engagierte Bürger*innen ist die Demokratie in Gefahr.

Demokratische Bildung muss deshalb drei grundlegende Kompetenzen vermitteln: die Fähigkeit zur individuellen Selbstbestimmung, die Fähigkeit zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Mitbestimmung und die Fähigkeit zur Solidarität mit den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft.

Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität gehören zusammen: Wenn wir alle das Recht haben, uns zu verwirklichen, dann müssen wir uns dabei gegenseitig unterstützen und uns gemeinsam über die dafür notwendigen politischen Bedingungen verständigen.

Was bedeutet das konkret für die städtische Bildungs- und Schulpolitik?

Als Trägerin der Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen steht die Stadtgemeinschaft vor allem in der Pflicht, Teilhabe zu ermöglichen und Solidarität zu fördern.

Kostenfreier Zugang zu städtischer Kinderbetreuung

Wir befürworten eine kostenfreie Kinderbetreuung im Vorschulalter für alle Tübinger Kinder in städtischen Kindergärten und -tagesstätten.

Unterstützung inklusiver Lehr-Lern-Settings an allen weiterführenden Schulen

Analog zur bestehenden Regelung für **Gruppenpädagog*innen** an Gemeinschaftsschulen erhält jede 5. Klasse eines Gymnasiums, in der mindestens ein*e Schüler*in mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ist, eine*n Gruppenpädagog*in (50 %-Stelle) zur Verbesserung der pädagogischen Qualität in inklusiven Eingangsklassen.

Ein neues pädagogisches Konzept für eine neue weiterführende Schule

Wir wollen nicht über die Schulart (Gymnasium oder Gemeinschaftsschule?) streiten, sondern eine enge Verzahnung von theoretischem und praktischem Lernen, dauerhafte Kooperationen mit außerschulischen Partnern in der Stadtgesellschaft und eine Verbindung von Abitur und Berufsausbildung.

Tübingen muss zukunftsorientiert handeln

Eine Welt, ein Planet: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen dienen uns als zentrale Leitlinien auf dem Weg, eine zukunftsfähige und nachhaltige Welt zu gestalten, in der künftige Generationen in Freiheit und solidarisch leben können.

Wir haben die Verantwortung, unseren Planeten für unsere Kinder zu erhalten. Deshalb brauchen wir weitsichtige Lösungen bei der Energiewende, beim Klimaschutz und in der Landwirtschaft. Jede*r Einzelne kann dazu beitragen, dass wir keine Wegwerfgesellschaft bleiben, aber auch die Politik muss hierfür Weichen stellen.

Unsere Vision: Tübingen ist 2035 deutschlandweit Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit. Wir erschaffen uns und unseren Kindern ein sicheres, gesundes und reichhaltiges Lebensumfeld, das nicht auf Kosten anderer Länder geht.

Umwelt #brauchtBEWEGUNG

Die Umwelt- und Klimapolitik Tübingens ist bereits auf einem guten Weg, denn es werden viele sinnvolle Projekte und Maßnahmen durchgeführt, welche wir gerne unterstützen. Insbesondere der Klimaschutz liegt uns am Herzen, daher treten wir für flächendeckende, erneuerbare Energien sowie Energiesparmaßnahmen ein. Auf den bisherigen Bemühungen Tübingens wollen wir uns jedoch nicht ausruhen.

Tübingen bis spätestens 2035 CO2-neutral

Der aktuelle Plan der Stadtverwaltung, die CO₂-Emissionen der Tübinger Bürger*innen langfristig auf etwa 2,5 Tonnen CO₂ Äquivalent zu reduzieren, ist nicht genug, um das Pariser 1,5°C-Ziel zu erreichen. **Wir stellen uns hinter dem Appell der Scientists for Future und die Proteste der Fridays for Future Bewegung und fordern, dass Tübingen bis spätestens 2035 CO₂-neutral ist.** Daher wollen wir, dass Tübingen der C40 Initiative beitrifft, die ein globales Netzwerk von großen und innovativen Städten ist, das Expertise und Hilfestellungen für eine bessere Klimapolitik bereitstellt. Um den zukünftigen Anforderungen der Elektromobilität an die Infrastruktur gerecht zu werden, ist ein flächendeckender **Ausbau von Stromtankstellen** auch in den Teilorten und WHO unabdingbar.

Umweltbewusstes Verhalten belohnen

Beim Klimaschutz wollen wir auf Sozialverträglichkeit achten, indem wir Umweltschutzmaßnahmen nicht auf Kosten von ärmeren Bürger*innen austragen. Wir wollen wertschätzen, dass diese oftmals weniger CO₂ produzieren, da sie weniger konsumieren, weniger reisen unternehmen oder sich kein Auto leisten. Wir wollen diese Bürger*innen entlasten, indem wir umweltschützendes Verhalten belohnen und dieses erleichtern.

Neue Umweltkonzepte weiter denken

Wir wollen **Gruppen fördern und vernetzen, die neue Umweltkonzepte weiter denken** (wie Cradle to cradle, Transition Town oder Gemeinwohlökonomie). Mit der Universität Tübingen haben wir vor Ort viel Forschungsexpertise, auch zu Umweltthemen. Diese wollen wir nutzen, indem wir die **Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt intensivieren, aktiv auf Forschende zugehen und Forschung an der Tübinger Universität zu kommunalem Umweltschutz fördern.**

Tübingen sollte sich auch in der Umweltbildung weiter einsetzen. Bislang fanden Aktionen, bei denen Klimaschutz- und Umweltmaßnahmen von Bürger*innen ausprobiert und eingeübt werden konnten, gute Resonanz. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass Multiplikator*innen einen umweltbewussten Lebensstil vorleben, auch in Unternehmen. **Laufende städtische Initiativen zum privaten Umweltschutz sollen daher verstetigt und ausgebaut, sowie neue gestartet werden.** Im Gewässerschutz kann beispielsweise noch weitere Aufklärungsarbeit geleistet werden, so dass Mikroplastik, alte Medikamente oder Feuchttücher gar nicht erst in das Abwasser gelangen. **Wir wollen weiterhin Umweltbildung in Schulen, Kindergärten und der Universität fördern.**

Um den regionalen, saisonalen und damit CO₂-ärmeren Konsum zu unterstützen, treten wir dafür ein, dass die Stadt den **Fair-Trade-Einkaufsführer um eine Sparte für regionale Produkte erweitert**. Wir fordern die Installation von **Trinkbrunnen** in Tübingen, um auch damit den Kauf und die Nutzung von Plastikflaschen zu verringern.

Tübingen liegt in einer einzigartigen Landschaft mit vielen Streuobstwiesen und einzigartigen Biotopen wie Trockenmauern. Wir wollen diese **Landschaft schützen**, indem wir jene Menschen wertschätzen, die diese Biotope erhalten. Es soll für **Imker*innen** die Möglichkeit bestehen, **auf städtischen Wiesen und ungenutzten Flächen ihre Bienenstöcke aufzustellen** und Hilfe geboten werden, teure Ausrüstung wie Zentrifugen auszuleihen.



Mobilität #brauchtBewegung

Die Menschen werden immer mobiler. Die Entfernungen, die sie zurücklegen, werden länger. Das tägliche Pendeln zur Arbeit ist zu einer normalen Tätigkeit geworden. Nach der Einschätzung der Verkehrsexpert*innen wird der Individualverkehr in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müssen wir neue Wege denken.

Regionalstadtbahn

Der Ausbau und die Elektrifizierung der Regionalbahnstrecken wird **von uns ausdrücklich begrüßt**. Gleiches gilt auch für die Neubaustrecken nach Kleinengstingen, Onstmettingen und der Gomaringer Spange. Diese Maßnahmen sind geeignet den täglichen Individual-Pendlerverkehr nach Tübingen bzw. Reutlingen zu verringern.

Innenstadtstrecke - Gegen ein "Tübingen21"

Die Innenstadtstrecke von Tübingen ist nicht alternativlos, sie macht alternativlos. Daher lehnen wir dieses Projekt ab. Dies ist weder zielführend, noch ausgereift und für den angestrebten Nutzen nicht rentabel. Durch die Festlegung auf ein schienengebundenes Verkehrssystem verliert Tübingen die Chance zu einer Projektstadt für alternative ÖPNV-Systeme zu werden, da die Förderung des Bundes an eine mindestens 25-jährige Betriebsdauer gebunden ist.

- Im Gegenzug Kürzung der innerstädtischen Busverbindungen um ca. 30 %, keine umsteigefreien Verkehre mehr zu den Kliniken Berg / Morgenstelle bzw. WHO für Tübinger
- **Kosten nicht abschätzbar**; derzeit werden von ca. 232 Mio.; Zuschusses von Bund / Land 80 % nicht garantiert
- Aufwendiger Neubau der Neckarbrücke mit **langfristigen Auswirkungen** auf den Tübinger Stadtverkehr

Kostenloser und verbesserter ÖPNV

Die **Einführung des kostenlosen ÖPNV im Tübinger Stadtgebiet ist unser langfristiges Ziel**, als Zwischenlösung schlagen wir die Einführung einer Jahreskarte für den Tübinger Stadtverkehr zum Preis von 365,00 EUR p.a. vor. Wir streben den **Ausbau der Taktung des ÖPNV** in der Stadt Tübingen und den Teilorten und Direktbusverbindungen vom Hauptbahnhof und der Peripherie (z.B. Unterjesingen oder Lustnau) an die Kliniken Berg bzw. Technologiezentrum an. Um die schwächer frequentierten Zeiten

optimal bedienen zu können, fordern wir die Ergänzung der Busflotte um Midi- und Minibusse. **Außerdem fordern wir die Umrüstung der Busflotte in Gas/Hybrid oder E-Busse bis 2030.**

Park & Ride - Schaffung von Parkraum an der Peripherie

Diese Plätze müssen konsequent zu Zentren der Mobilität ausgebaut werden, z.B. durch direkten Bus- und Bahnanschluss sowie einer Leihstation für Fahrräder und Elektromobile verschiedenster Ausprägung. Sie ergeben damit eine kostengünstige Alternative zu teuren innerstädtischen Parkhäusern und bewirken eine Regulierung des Verkehrsflusses.

Fahrradpolitik

Wir fordern eine Optimierung und den weiteren Ausbau der Fahrradwege, sowie die Beseitigung von Gefahrenstellen. An bestimmten Stellen halten wir die Errichtung von Fahrradampeln und Anbringung sog. Fahrradspiegel für sinnvoll.

Wir treten für die komplette Markierung der Fahrradwege in blau ein, nicht nur an den potenziell gefährlichen Stellen. Zusätzlich müssen Leihstationen, mit entsprechender Ladestruktur für e-bikes, auch in den Teilorten installiert werden. Windgeschützte Abstellmöglichkeiten und das Angebot, Fahrräder sicher z.B. in Fahrradgaragen unterzubringen, sind dringend erforderliche Maßnahmen um das Radfahren in Tübingen attraktiver zu gestalten.

Individualverkehr

Der Individualverkehr wird auch in den kommenden Jahren zunehmen. Dabei werden jedoch zunehmend alternative Modelle in den Fokus rücken. Das eigene Fahrzeug wird vor allem im städtischen Raum an Bedeutung verlieren. Wir fordern deshalb die Gründung einer Projektgesellschaft auf regionaler Ebene um die Möglichkeiten neuer Verkehrsdienstleistungen zu entwickeln und zu vermarkten (Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsformen). Wir fordern zudem den Ausbau von elektrobetriebenen Carsharing-Modellen.

Durchgangsverkehre

Täglich befahren ca. 30.000 Fahrzeuge die Stuttgarter Str. / B27. Dieser Verkehr wird bis 2025 auf 50.000 Fahrzeuge ansteigen, ein Großteil dieser Fahrzeuge sind Durchgangsverkehre nach Stuttgart, Reutlingen bzw. Hechingen, Balingen, Rottweil
Um diesen Verkehr zu entzerren, erachten wir die zügige Realisierung des Schindhautunnels für notwendig. Dies bringt eine deutliche Entlastung der Verkehre rund um das Lorettoviertel und ermöglicht eine neue Städteplanung der Tübinger Südstadt.



Tübingen muss weltoffen bleiben

Die Freiheit, verschieden sein zu können, ist ein kostbares demokratisches Gut. Daher ist eine vielfältige Gesellschaft für uns nicht nur selbstverständlicher Status quo, sondern unabdingbar für eine gute Zukunft. Menschen sind Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Aussehen, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Sexualität oder einer Behinderung. Rassismus, Antisemitismus und anderen diskriminierenden Ideologien wollen wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten.

Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen eine Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik im Zeichen der Menschenrechte gestalten. Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung, aber auch vor Armut und den Auswirkungen des Klimawandels. Ein menschengerechtes Asylverfahren ist nicht auf Abwehr, sondern auf das Schaffen von Perspektiven ausgerichtet.

Mit dem Ruf, eine moderne und weltoffene Stadt zu sein, dient Tübingen der Region als Vorbild. Damit dies so bleibt, soll jede*r Bürger*in die gleichen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten erhalten, egal woher Mensch kommt. **Wir sind eine politische Heimat für Menschen, die keine Stimme in der Politik haben.**

Tübingen soll sicherer Hafen werden

Wir fordern, Tübingen zu einem "sicheren Hafen" (Seebrücke) zu machen und unbeschränkten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, sowie kostenlose Sprachangebote schon während des Asylverfahrens in Tübingen. Außerdem setzen wir uns für das Bleiberecht aller Geflüchteten und gegen Zwangsabschiebungen in Krieg, Terror und Elend ein.

Wir alle sind vom Erstarken des Rechtspopulismus betroffen. Auch in unserer Stadt gibt es Gruppierungen und Personen, die dem rechten Lager offen stehen. **Wir wollen uns gemeinsam mit Dir gegen Rassismus und Nationalismus zur Wehr setzen.** Wir sind der festen Überzeugung, dass Tübingen für mehr steht, als das Schüren von Vorurteilen gegenüber Migrant*innen.

Muttersprache fördern

Kinder mit Flucht- oder Migrationshintergrund haben oft Probleme beim Erlernen der deutschen Sprache. Ein Grund hierfür ist, dass sie ihre Muttersprache nicht richtig beherrschen. Die Wissenschaft redet hier von Semilingualismus, also der "Halbsprachigkeit". Diese Kinder verfügen dann weder in ihrer Muttersprache, noch in der deutschen Sprache über ausreichende Kenntnisse. Momentan findet an einigen Schulen und Universitäten nur ein durch ausländische Konsulate organisierter Unterricht statt.

Wir wollen, dass Kindern **ab der Vorschule die zusätzliche Möglichkeit geboten wird, ihre Muttersprache zu lernen und diese umfassend weiterzuentwickeln,** Heimatsprachen sollen wieder als Kultursprachen/Bildungssprachen wahrgenommen werden. Sie sollen aus der Marginalisierung herausgeholt und als wichtiger Teilaspekt der Identität der Kinder gestärkt werden.

Inklusion #brauchtBEWEGUNG

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG Tübingen setzt sich für eine inklusive Stadtgestaltung ein, in der niemand im öffentlichen Leben ausgegrenzt, ausgeschlossen oder behindert wird.

Behinderungen im gesellschaftlichen Leben beseitigen

Um die Teilhabe an Freizeitaktivitäten sicherzustellen, bedarf es für Menschen mit Einschränkungen viele Maßnahmen. So fehlt es in Tübinger Kinos an induktiven Höranlagen und auch das Kopfsteinpflaster in der Innenstadt stellt für Bürger*innen im Rollstuhl ein großes Alltagsproblem dar. Wir möchten die Innenstadt für alle Menschen zugänglich machen und setzen uns daher für ein sog. Blindenleitsystem ein. Ebenso möchten wir Selbsthilfe aktiv unterstützen, z.B. durch **bezahlbare Veranstaltungsräume für Selbsthilfegruppen.**

Wir möchten das Handlungskonzept „Barrierefreie Stadt“ fortschreiben und neue, ehrgeizige Ziele setzen.

Inklusion in der Bildung

Bildung ist ein entscheidender Grundstein für Inklusion: Die Personalschlüssel an Kitas, Kindergärten und Schulen müssen zum Anspruch passen, den wir an diese Einrichtungen stellen, wenn es um inklusive Bildung geht. **„Mehr Inklusion“ muss immer auch „mehr Personal“ beinhalten.**

Geschlechtergerechtigkeit #brauchtBEWEGUNG

Zwischen den Einkünften von Frauen* und Männern* klafft noch immer eine Lücke, selbst dann, wenn sie die gleiche Qualifikation haben und die gleiche Tätigkeit ausüben. Die Zahl der Frauen* in Führungspositionen in börsennotierten Unternehmen entspricht weder dem gesellschaftlichen Frauenanteil noch einem Abbild ihrer Qualifikation.

- **Wir wollen mehr Führungspositionen innerhalb der Stadt mit Frauen* besetzen.**
- **Wir fordern landesweite kostenfreie Kinderbetreuungsangebote, damit eine bessere Vereinbarkeit von Kinderwunsch und Karriere ermöglicht wird.**
- **Wir fordern eine geschlechtergerechte Sprache in allen intern und extern veröffentlichten Texten der Stadt Tübingen.**

Zusätzliches Frauenhaus

35 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen* haben bereits körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Auch in unserer schönen Stadt Tübingen müssen Frauen* und Kinder leider häuslicher Gewalt entfliehen.

Um Gewalt gegen Frauen* in Tübingen zu bekämpfen, fordern wir mehr finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen, die sich mit Gewalt gegen Frauen* befassen, verpflichtende städtische Fortbildungen für Angehörige von Justiz, Ermittlungsbehörden und Notaufnahmen sowie die flächendeckende Einrichtung von Opferschutzambulanzen. Wir von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sind der Ansicht, in einer Stadt mit fast 90.000 Einwohner*innen ist ein Frauenhaus mit 8 Plätzen für Frauen* und 12 Plätzen für Kinder zu wenig. Hinzu kommt, dass durch eine Einzelfallberechnung immer noch betroffene Frauen ohne Finanzierung dieser Notmaßnahmen finanziell im Regen stehen.

Deshalb wollen wir uns für ein zweites Frauenhaus in Tübingen und eine Pauschalfinanzierung einsetzen, welche Frauen* und Kindern in Not Sicherheit gewährleistet.

Frauenquote

Frauen* sind in allen Parlamenten in Deutschland immer noch mit einem zu geringen Anteil vertreten (zwischen 25 und 40,6%), der nicht ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht.

Die Auswirkungen der mangelnden Einbindung von Frauen* und Mädchen haben wir als neue und junge Liste in Tübingen selbst zu spüren bekommen. Sehr gerne hätten wir unsere Liste mit mehr als 50% Frauen* besetzt, haben aber nicht genügend Frauen finden können, die sich als Kandidatin aufstellen lassen wollen. **Wir wollen hiermit alle Frauen ausdrücklich ermutigen, sich für politische Ämter zu bewerben.** Wir werden uns verstärkt bemühen, mehr Frauen für unsere kommenden Wahllisten zu finden, denn DEMOKRATIE IN BEWEGUNG hat eine in der Satzung verankerte Frauenquote von **mindestens 50%**. Für diese Wahl wurde aber, nachdem für hintere Plätze keine Frau mehr gefunden werden konnte, in Übereinstimmung mit allen weiblichen Stimmberechtigten die Frauenquote ausgesetzt, um den interessierten Männern eine Teilnahme an unserer Liste zu ermöglichen.

Wir denken, Politik ist das beste Instrument um sich und seinen Anliegen Gehör zu verschaffen. Es ist das Instrument der Wahl, wenn es um Veränderung zum Positiven geht. Wie bei jedem Instrument hilft es jedoch, wenn man in jungen Jahren mit dem Erlernen beginnt.

Daher fordern wir spezielle Programme zur Einbindung von Frauen* und Mädchen in der Politik und gezielte politische Förderung in Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Alle Menschen müssen gleichwertig an der Gesetzgebung beteiligt sein.

Menstruation ist natürlich!

In Deutschland werden Menschen mit Regelblutungen systematisch benachteiligt, da sie die Kosten der Hygieneartikel für Menstruation selbst tragen müssen.

Daneben gibt es noch finanzielle Belastungen durch regelbedingte Krankheitstage und Medikamente gegen Schmerzen. Deshalb sind wir der Meinung, auf die körperliche und psychosoziale Belastung sollte nicht auch noch eine finanzielle gelegt werden.

Für Tübingen fordern wir deshalb kostenlose Tampons und Binden auf allen städtischen öffentlichen Toiletten bereitzustellen.

Zudem sollten Anregungen geschaffen werden, damit auch auf den Toiletten an den Arbeits- und Studienorten Hygieneartikel kostenfrei zugänglich sind.

Gleichzeitig sollten in Tübingen und insbesondere an Tübinger Schulen Seminare zur Anwendung der Menstruationstasse etabliert werden, um auf diese kostengünstigste und umweltfreundlichste Alternative hinzuweisen.

Dafür müsste die Infrastruktur der Toiletten angepasst werden (z.B. Waschbecken in den Toilettenkabinen), um die Anwendung der Menstruationstasse zu erleichtern. Damit kann Tübingen ein politisches Zeichen für Geschlechtergerechtigkeit setzen und eine Struktur schaffen, die ein Beispiel dafür sein könnte, wie eine weniger patriarchale Gesellschaft aussehen kann.

Für die Tübinger*innen und Tourist*innen, welche von dieser ungerechten steuerlichen Behandlung betroffen sind, bedeutet dies eine Entspannung des Alltags durch den zeitlich sowie finanziell unabhängigen Zugang zu Hygieneartikeln an dem Ort, wo sie gebraucht werden. Tübingen könnte mit dieser Maßnahme einen wichtigen Beitrag zur Enttabuisierung der Menstruation leisten.

Kostenlose Kontrazeption

Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht.

Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Verhütung darf aber nicht am Geld scheitern. Jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von seinem/ihrem sozialen Status, die Verhütungsmethode zu wählen, die zu ihm oder ihr passt, größtmögliche Sicherheit bietet und für sie*ihn gesundheitlich verträglich ist. Damit Menschen, die sich diese Kosten nicht leisten können auch die Chance haben, an Verhütungsmittel zu kommen, **müssen in allen öffentlichen Einrichtungen Kleinpackungen von Kondomen kostenlos bereit stehen.**



Öffentliche Graffitiflächen #brauchenBEWEGUNG

In der Stadt Tübingen sind derzeit vier legale Graffitiwände vorhanden. Leider zeigte sich in den letzten Monaten, dass diese Flächen nicht ausreichen.

Die Stadt hat nach eigenen Angaben 2018 für die Reinigung von öffentlichen Gebäuden, Treppen und Unterführungen 46.000 Euro ausgegeben– die Reinigung von Kunstwerken nicht mitgerechnet.

Die jüngsten Vorfälle in der Steinlachunterführung verdeutlichen diesen Zustand.

Die Unterführung wurde seit Anfang 2019 schon mehrfach gereinigt, die Kosten der bislang teuersten Reinigung betragen ca. 15.000€. Deswegen fordern wir, als DEMOKRATIE IN BEWEGUNG, **mehr legale Graffitiwände, wie z.B. alte Gewerbeflächen**

(nach Absprache mit dem/den Besitzer*innen) oder dass die oben genannte Unterführung einmal jährlich von professionellen Sprayer*innen bemalt werden darf.

Darüber hinaus schlagen wir vor nicht permanente Übungswände zu errichten, die jederzeit von Jugendlichen und Nicht-Profis bemalt werden dürfen. Dies ermöglicht ihnen, Kreativität und Können zu entfalten.

Soziale Sicherheit #brauchtBEWEGUNG

Mit einer Arbeitslosenquote von 3,8% steht Tübingen im bundesweiten Vergleich sehr gut da. Trotzdem dürfen Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, nicht in Vergessenheit geraten. In einer Gesellschaft mit hoher Erwerbsquote und hohem durchschnittlichen Einkommen wie in Tübingen haben es die Betroffenen besonders schwer. Wir treten gegen eine Stigmatisierung der Arbeitslosigkeit und der Betroffenen ein. Menschen ohne Arbeit sind gleichwertiger Bestandteil unserer Gesellschaft und sollen sich auch als solcher fühlen.

Wir fordern eine **Förderung von speziellen Einrichtungen für Betroffene**, kostenlose und freiwillige Kurse zur Förderung der Erwerbsaufnahme, eine kostenlose psychosoziale Betreuung sowie Beratungsangebote zur Vermeidung und Abbau von finanziellen Schwierigkeiten.

Internet #brauchtBEWEGUNG

Die Digitalisierung prägt mittlerweile fast alle Bereiche unseres Lebens, das Internet hat sich zu einem wichtigen Bestandteil des privaten und beruflichen Alltags der meisten Menschen entwickelt. Damit ist der Zugang zum Internet auch elementarer Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe geworden, der nicht am Geld scheitern darf.

Wir setzen uns daher für ein flächendeckendes, kostenloses W-Lan im Stadtgebiet Tübingen ein.

Würde im Alter #brauchtBEWEGUNG

Jede*r 7. Tübinger*in ist über 65 Jahre alt.

Wir von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG wollen, dass betagte Menschen so lange wie möglich am sozialen Leben teilnehmen können und ihre gewohnte Umgebung nicht verlassen müssen. Nicht wenige unter ihnen engagieren sich aktiv in vielfältigen Ehrenämtern, welche das soziale Leben in Tübingen erst ermöglichen.

Deshalb unterstützen wir **kreative und gemeinwohlorientierte, bezahlbare Wohnprojekte für betagte Menschen, Projekte nachbarschaftlicher, sorgender Gemeinschaften, Pflege-Wohngemeinschaften, und den Bau von Pflegeheimen in den Quartieren und Stadtteilen/Teilorten, getreu dem Motto: „alte Bäume soll man nicht verpflanzen“**, denn auch in Tübingen wird dieser Bedarf in den nächsten Jahren ansteigen. Die Umsetzung der **Tübinger Sozialkonzeption, speziell die Strategie der Stadt „Seniorenleben und Pflege“**, werden wir aufmerksam und engagiert unterstützen.

Das Konzept der barrierefreien Stadtteiltreffs begrüßen wir sehr, denn sie sind eine förderungswürdige Maßnahme auch gegen die ansteigende Vereinsamung betagter Menschen, besonders wenn sie in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind. Eine ansteigende Anzahl betagter Menschen ist von Armut und Überschuldung betroffen.

Wir unterstützen die Ansätze und Konzepte des Stadtseniorenrats und anderer Akteure, und begrüßen sehr die Einrichtung eines „Runden Tisches für betagte Menschen“. Die Errichtung von Ruheplätzen in fußläufigen, angemessenen Abständen in der Stadt und an Bushaltestellen halten wir für dringend notwendig.

Ehrenamt #brauchtBEWEGUNG

Es fehlt an Räumlichkeiten für die ehrenamtlichen Institutionen Tübingens. Ein möglicher Lösungsweg ist Room Sharing (inspiriert von Start-Ups aus Berlin). Solche Räume könnte man in neue Stadtteil-Treffpunkte integrieren. Denkbar ist auch eine Renovierung des Schlachthausareals oder Vereinbarungen mit der Universität und/oder Burschenschaften/Verbindungen, dass unbenutzte (Seminar-) Räume auch von der Stadt genutzt werden können.

Durch die kostenfreie Erbringung von Diensten, für die andere Gemeinden und Städte hohe finanzielle Aufwendungen haben, tragen die Tübinger Ehrenamtträger*innen einen großen Teil zu einer funktionierenden Stadt bei. Mittels der eingesparten Gelder sollte die Stadt bestmögliche Voraussetzungen für diese Menschen ermöglichen.

Anhang

Wieso sprechen wir hier von Frauen* und Männern*?

Wir wollen mit dem Sternchen klar machen, dass sowohl "Frau" als auch "Mann" soziale Konstrukte oder gar rechtliche Konstrukte sind. So erhob das statistische Bundesamt auch nur die Kategorien männlich und weiblich, obwohl es auch viele nicht-binäre Geschlechtsidentitäten gibt.



Denk dran:

Du hast bei der Wahl am 26. Mai 40 Stimmen und kannst pro Kandidat*in bis zu drei Stimmen vergeben (kumulieren). Du kannst auch ein Kreuz für Demokratie in Bewegung als Partei vergeben, aber dann bekommen wir pro Kandidat*in nur eine Stimme von dir (also 23 Stimmen). Besser für DiB ist es wenn du kumulierst, denn...

dreizehn mal drei oder zwanzig mal zwei und DiB ist dabei!

Du willst uns voll unterstützen?

Dann gib uns bei der Wahl deine vollen kumulierten 40 Stimmen. Wir danken dir dafür!

Impressum

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB)

V.i.S.d.P.: Guido Drehsen

Elsternweg 2

71083 Herrenberg

tuebingen@bewegung.jetzt

www.dib-bawue.de/tuebingen